

Pressemitteilung: Neuss, 19. Februar 2019

Deutschland bei den unmittelbaren Brexit-Risiken nur im Mittelfeld

Der Countdown läuft. Am 29. März 2019 wird das Vereinigte Königreich (UK) die Europäische Union (EU) verlassen. Ob es der britischen Regierung und der EU bis dahin gelingt ihre zukünftigen Beziehungen vertraglich zu regeln, oder ob es zu einem ungeordneten, einem so genannten „harten“ Brexit kommt, erscheint momentan ungewisser denn je. Bereits jetzt liegen Anzeichen dafür vor, dass die anhaltende Unsicherheit über den weiteren Fortgang der Brexit-Verhandlungen das Wirtschaftswachstum in UK spürbar ausbremst.

Unbestritten ist, dass die britische Wirtschaft im Falle eines harten Brexits noch deutlich gravierender leiden würde als dies bislang bereits der Fall ist. Doch mit welchen Auswirkungen hätten die verbleibenden EU Mitgliedsstaaten in diesem Fall zu rechnen? Dieser Frage ist Creditreform Rating in einer in Kürze unter www.countryrisk.de erscheinenden Analyse nachgegangen. Um zu bestimmen, welche Länder ein harter Brexit am empfindlichsten treffen würde, hat die europäische Ratingagentur den Brexit Risiko Indikator (BRI) entwickelt, der die vier Risikodimensionen Direktinvestitionen, Export, Finanzsektor und Migration berücksichtigt.

Insgesamt wäre die irische Wirtschaft am stärksten von einem harten Brexit betroffen. Der Blick auf die einzelnen Risikoindikatoren verdeutlicht, dass Irland in den Bereichen Migration und Handel unter allen verbleibenden 27 EU-Mitgliedern am stärksten exponiert ist. Ähnlich stellt sich die Situation bei den Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen dar. Wie die Realwirtschaft hat auch der irische Finanzsektor ein beträchtliches UK-Exposure. Zum Jahresende 2017 verzeichneten irische Finanzinstitute im Hinblick auf Forderungen an britischer Banken den zweithöchsten Wert innerhalb der EU-27.

Geografische Nähe allein stellt jedoch kein hinreichendes Kriterium für ein überdurchschnittlich hohes Brexit-Exposure dar. So sehen sich Zypern und Malta dem zweit- bzw. dritthöchsten Brexit-Risiko ausgesetzt. In beiden Volkswirtschaften spielt der Finanzsektor, aber auch der Tourismus eine bedeutende Rolle. Sowohl in Zypern als auch in Malta stellen Briten in 2017 die größte Gruppe ausländischer Besucher, was letztendlich auch in der Exportbilanz zum Ausdruck kommt. Zudem bestehen insbesondere im Falle Zyperns enge finanzielle Verbindungen zum Vereinigten Königreich.

Ansprechpartner

Dr. Benjamin Mohr
Chefvolkswirt

Creditreform Rating AG

Hellersbergstraße 11
D-41460 Neuss

b.mohr@creditreform-rating.de

Creditreform Rating:
Objektiv.
Transparent.
Unabhängig.

Wir sind eine europäisch anerkannte und von der ESMA registrierte Rating Agentur. Wir sind Spezialisten für die Einschätzung von Kreditrisiken und bieten Dienstleistungen für Kapital- und Kreditgeber in Form von Ratings und Creditservices.

www.creditreform-rating.de

Gemessen am Investitions- und Finanzsektor-Exposure belegt Zypern den dritten Rang innerhalb der EU. Nur die Niederlande und Luxemburg, die an vierter und fünfter Stelle im Risikoranking liegen, halten mehr Investitionsvermögen auf der britischen Insel. Teilweise ist dies eine Folge der Firmenpolitik multinationaler Konzerne. Schließlich gehören Luxemburg und die Niederlande innerhalb der EU zu den bevorzugten Standorten finanzieller Zweckgesellschaften.

Somit finden sich vergleichsweise viele kleine Länder an der Spitze des Risikoindex wiederfinden. Mangels eines großen und stabilen Binnenmarktes weisen viele kleine Volkswirtschaften einen hohen Offenheitsgrad in Bezug auf Handels- und Finanzströme auf – in der Folge erhöht sich jedoch die außenwirtschaftliche Verwundbarkeit. Unter den großen Volkswirtschaften der EU sieht sich Frankreich den höchsten Risiken ausgesetzt. Die deutsche Wirtschaft rangiert an zwölfter Stelle.

Relativ moderat ausgeprägt erscheinen die Brexit-Risiken in weiten Teilen Mittel- und Osteuropas. Zu erklären ist dies mitunter dadurch, dass die meisten CEE-Staaten nur geringe Verflechtungen mit UK in den Bereichen Handel und Finanzen aufweisen. Da es sich bei den meisten osteuropäischen Staaten um Transformationsökonomien handelt, verwundert es ebenfalls nicht, dass der private Sektor dieser Länder noch keine signifikanten Direktinvestitionen in UK hält. Mittelbar wären die osteuropäischen Staaten am ehesten von einer Einschränkung bzw. Aufhebung der Arbeitnehmerfreizügigkeit betroffen.

Die Analysten von Creditreform heben hervor, dass ihr Risikoindikator eine grobe Indikation bezüglich der potenziellen ökonomischen Folgen des Brexits gibt, indem er verschiedene Risikodimensionen aufzeigt und länderspezifische Verwundbarkeiten offenlegt. Indirekte Effekte werden hierbei ausgeklammert, da sie mit einem noch höheren Maß an Unsicherheit verbunden sind. Gerade Deutschland mit seinen sehr ausgeprägten wirtschaftlichen Beziehungen wäre hier wohl besonders betroffen. Die Ausgangslage in den Ländern wird ebenfalls nicht berücksichtigt. Länder wie Italien könnten durch einen harten Brexit in eine ernste Schiefelage geraten, auch wenn der BRI hier nicht so hoch ausfällt.

Die Autoren betonen außerdem, dass ein ungeordneter Brexit nach der Ablehnung des von Premierministerin May und der EU-Kommission ausgehandelten Vertragsentwurfs durch das britische Parlament wahrscheinlicher geworden ist – dies jedoch nicht ihr Basisszenario darstellt. Vielmehr rechnet Creditreform Rating derzeit mit einem verzögerten Brexit-Deal zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU.

Die Analyse kann unter www.countryrisk.de abgerufen werden.